



Landratsamt Hohenlohekreis · Postfach 1362 · 74643 Künzelsau

Gegen Zustellungsurkunde

Zweckverband Wasserversorgung
Nordostwürttemberg (NOW)
Blaufelder Straße 23
74564 Crailsheim

Umwelt- und Baurechtsamt
Wasserwirtschaft und
Bodenschutz

Bearbeiter/in Sandra Kircher
Telefon 07940 18-1359
Telefax 07940 18-1365
E-Mail Sandra.Kircher@
hohenlohekreis.de
Zimmer 113, Gebäude D,
Allee 17, 74653 Künzelsau

Ihre Nachricht
Unser Zeichen 50.1/693.89-2024-03044/ki

04.07.2024

Umlegung der Entwässerungsleitung der NOW-Fernwasserleitung L 40 aufgrund der Renaturierung des Epbachs in Waldenburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

I. Dem **Zweckverband Wasserversorgung Nordostwürttemberg (NOW)** wird auf Antrag vom 12.06.2024 folgende Gestattung erteilt:

1. Gemäß §§ 8, 9 Abs. 1 Ziff. 4 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) wird unter den in Abschnitt III aufgeführten Nebenbestimmungen die widerrufliche

wasserrechtliche Erlaubnis

für die Einleitung des in der Entwässerungsleitung der NOW-Fernwasserleitung L 40 anfallenden Entleerungs-, Spül- und Reinigungswassers in einer Menge von max. 100 m³ bzw. max. 20 l/s auf Flst. 2005/14, Gemarkung Waldenburg, Stadt Waldenburg (Ost ca. 547.219, Nord ca. 5.450.880), in den Hirschbach erteilt.

2. Für diese Entscheidung wird eine Gebühr in Höhe von 1.240,70 € festgesetzt.

II. Antrags- und Entscheidungsunterlagen

Folgende Antragsunterlagen sind Grundlage und Bestandteil dieser Entscheidung:

1. Erläuterungsbericht vom 28.05.2024
2. Plan Renaturierung Epbach, M 1 : 5.000, vom 16.04.2024
3. Antrag auf wasserrechtliche Einleiterlaubnis vom 12.06.2024
4. Plan Einleitung Entwässerung L 40 in Epbach, M 1 : 2.500, vom 11.06.2024

5. Längsschnitt NOW-Entwässerungskanal S7, M 1 : 1.000/100, vom 12.06.2024
6. Lageplan Einleitung Epbach Waldenburg, M 1 : 2.500, vom 18.06.2024
7. Lageplan Einleitung Epbach Waldenburg mit Luftbild, M 1 : 2.500, vom 18.06.2024
8. Lageplan Renaturierung Epbach mit Schutzgebieten, M 1 : 1.000, vom 25.06.2024

III. Nebenbestimmungen

1. Der **Beginn** und die **Fertigstellung** der Maßnahme sind der Unteren Wasserbehörde im Landratsamt Hohenlohekreis unter Verwendung der beiliegenden Vordrucke schriftlich mitzuteilen.
Mit der Fertigstellungsmitteilung ist die plan- und bestimmungsgemäße Ausführung zu bestätigen. Ggf. sind berichtigte Planunterlagen in digitaler Form zu übermitteln. Die Bestandspläne sind mit dem Vermerk „Pläne entsprechend der Ausführung“ zu versehen.
2. Änderungen in der Bauausführung sowie am Bestand der Abwasseranlagen sind der Unteren Wasserbehörde im Landratsamt Hohenlohekreis anzuzeigen.
3. Eine ordnungsgemäße und fachkundige Bauleitung ist jederzeit zu gewährleisten.

Abwasser

4. Die Anlagen zur Ableitung für Entleerungs-, Spül- und Reinigungswasser sind plan- und bestimmungsgemäß und nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu errichten, zu betreiben und zu warten.
5. Bei größeren Einleitungsmengen ist dies rechtzeitig der Stadt Waldenburg mitzuteilen.
6. Bei der Einleitung in die Gewässer sind folgende Grenzwerte einzuhalten:

- pH-Wert: 6,5 – 8,5
- absetzbare Stoffe $\leq 0,3 \text{ ml/l}$ (0,3 mg/l)
- freies Chlor $\leq 0,02 \text{ mg/l}$
- Chlordioxid $\text{Cl}_2 \leq 0,02 \text{ mg/l}$
- Fischgiftigkeit $G_f = 2$

Die Grenzwerte für freies Chlor, Chlordioxid und Fischgiftigkeit gelten nach Durchmischung mit dem Wasser des Vorfluters und müssen als Durchschnittswert nach der Einleitung eingehalten werden.

7. Eine Überdosierung von Natriumthiosulfat ist zu vermeiden, um eine Sauerstoffzehrung im Gewässer zu verhindern.
8. Der pH-Wert und der Chlorgehalt sind vor jeder Einleitung von Entleerungs- und Spülwässern $> 10 \text{ m}^3$ zu messen.

9. Die Untere Wasserbehörde im Landratsamt Hohenlohekreis behält sich vor, Wasserproben des einzuleitenden Wassers bzw. nach der Durchmischung zu entnehmen. Die Kosten für die Entnahme und Analyse sind vom Antragsteller zu tragen.
10. Die Einleitung darf nur in dem Maß und Umfang stattfinden, wie dies in den eingereichten Planunterlagen enthalten ist. Änderungen sind mit der Unteren Wasserbehörde im Landratsamt Hohenlohekreis abzustimmen.
11. Werden bei Reinigungsmaßnahmen andere Reinigungsmittel als beantragt eingesetzt (Tenside, organische Desinfektionsflüssigkeiten usw.), sind die entstehenden Abwässer zu sammeln und zu entsorgen. Eine Ableitung in den Hirschbach darf nicht bzw. erst nach Zustimmung durch die Untere Wasserbehörde im Landratsamt Hohenlohekreis erfolgen.
12. Störfälle sowie Schäden an den Anlagen sind unverzüglich zu beheben. Der Gewässerbenutzer hat im Schadensfall dafür Sorge zu tragen, dass nachteilige Wirkungen auf das Gewässer nach Dauer und Umfang möglichst geringgehalten werden und dass eine ordnungsgemäße Funktion schnellstmöglich wiederhergestellt wird. Im Schadensfall ist die Untere Wasserbehörde im Landratsamt Hohenlohekreis zu informieren.

Grundwasserschutz

13. temporäre Wasserhaltungsmaßnahmen:
Bei der Ableitung in den Vorfluter ist das aus der Baugrube abgepumpte Grundwasser, sofern mineralisch verunreinigt, in ausreichend dimensionierten und hydraulisch günstig gestalteten Absetzbecken mechanisch zu reinigen. Dabei sind folgende Grenzwerte am Ablauf einzuhalten:
 - pH-Wert 6,5 – 8,5
 - absetzbare Stoffe 0,5 ml/l nach 0,5 h im Imhoff-Trichter
14. Bei den Bauarbeiten ist besonders darauf zu achten, dass keine wassergefährdenden Stoffe in das Grundwasser gelangen.
15. Werden durch die Grabarbeiten klüftige und locker zusammenhängende Felsstrecken angeschnitten, ist der Rohrgraben mit lehmigem oder tonigem Erdmaterial aufzufüllen und zu verdichten.
16. Sind durch die Verlegearbeiten Dränwirkungen nicht auszuschließen, sind Querriegel aus bindigem Material einzubauen.
17. Die vorhandene Schichtenfolge des Rohrgrabens ist bei Wiedereinbringen des Erdmaterials dem Urzustand weitestgehend anzugleichen und zu verdichten.
18. Es darf keine nachhaltige Störung oder Veränderung der vorliegenden Grund-/Schichtwasserverhältnisse stattfinden.

Oberflächengewässer und Hochwasserschutz

19. Der Gewässerrandstreifen im Außenbereich beträgt 10m ab der Böschungsoberkante des Epbaches. Dauerhafte Eingriffe in den Gewässerrandstreifen sind untersagt.
20. Baubedingte Auswirkungen auf den Gewässerrandstreifen und die Vegetation sind auf das unumgängliche Maß zu beschränken. Der verbleibende Gewässerrandstreifen ist wieder ordnungsgemäß herzustellen und dem jeweiligen Bestand anzugleichen.
21. Bei den Bauarbeiten ist darauf zu achten, dass keine baubedingten, stofflichen Einträge in das Gewässer erfolgen.

Bodenschutz und Altlasten

Baustelle und Baustelleneinrichtungsflächen:

22. Die Baustellen und Baustelleneinrichtungsflächen sind so zu sichern, dass ein Befahren von Böden außerhalb der planfestgestellten Bereiche unterbunden wird. Innerhalb der beplanten Bereiche ist durch eine entsprechende Planung und Organisation des Bauablaufs ein Befahren von Oberböden auf das unumgängliche, im Rahmen des Oberbodenabtrags unvermeidbare Maß zu beschränken, um Verdichtungen weitestgehend zu vermeiden.
23. Für die Befahrung der Fläche sind möglichst bereits vorhandene Verkehrswege zu nutzen. Ist dies nicht möglich, sind zum Schutz des Bodens vor Verdichtungen geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Diese umfassen z.B. die Planung und Anlage von temporären Baustraßen, die Verwendung von Baggermatratzen sowie den Einsatz von möglichst bodenschonenden Maschinen mit geringem Reifendruck. Nach Beendigung der Bautätigkeiten sind die temporären Baustraßen vollständig und ordnungsgemäß zurückzubauen.
24. Baustoffe, Bauabfälle und Betriebsstoffe sind so zu lagern, dass Stoffeinträge bzw. Vermischungen mit Bodenmaterial auszuschließen sind.
25. Nach der Räumung der Baustelleneinrichtungs- und Zwischenlagerflächen sind entstandene Bodenverdichtungen durch Tieflockerungsmaßnahmen mit geeignetem Gerät zu beseitigen und die Böden in ihrer funktionalen Leistungsfähigkeit durch Auftrag von Bodenmaterial in der ursprünglichen Mächtigkeit und Qualität wiederherzustellen.

Bodenaushub und -lagerung:

26. Sämtliche Bodenarbeiten sind bei geeigneter Konsistenz des Bodens (maximal steifplastisch) durchzuführen.

27. Oberboden ist gesondert von tieferen Bodenschichten auszuheben. Bei der Zwischenlagerung von Oberbodenmaterial ist eine maximale Mietenhöhe von zwei Metern einzuhalten. Bodenmieten dürfen nicht mit einer Planierdraupe aufgeschoben werden, sondern sind mit geeigneten Geräten, beispielsweise Laderaupen oder Hochlöfflbagger aufzusetzen, um Verdichtungen durch Befahren auszuschließen. Bei der Zwischenlagerung von kulturfähigem Unterbodenmaterial ist eine Mietenhöhe von 3 m einzuhalten. Die Mieten sind ab einer Lagerdauer von 2 Monaten fachgerecht zu begrünen. Wird das Bodenmaterial über Winter gelagert, sind die Mieten unmittelbar nach dem Aufsetzen zu begrünen. Im Übrigen hat die Bewirtschaftung der Mieten nach DIN 19731 zu erfolgen.

Einbau von Materialien:

28. Mineralische Ersatzbaustoffe oder deren Gemische nach § 2 ErsatzbaustoffV dürfen nur in technische Bauwerke als technische Funktionsschicht in den jeweils zulässigen Einbauweisen nach Anlage 2 und 3 der ErsatzbaustoffV eingebaut werden. Der Einbau hat gemäß § 19 Abs. 8 ErsatzbaustoffV oberhalb der Grundwasserdeckschicht zu erfolgen. Maßgeblich ist hier nach § 2 Nr. 34 ErsatzbaustoffV der örtlich zu erwartende höchste Grundwasserstand.
29. Alle anderen Bereiche, die nicht mehr zum technischen Bauwerk gehören, sind mit Bodenmaterial zu verfüllen, welches die Anforderungen nach §§ 6 und 8 BBodSchV erfüllt.

IV. Hinweise

Oberflächengewässer und Hochwasserschutz

1. Die nicht nur kurzfristige Ablagerung von Gegenständen ist im Gewässerrandstreifen verboten (§ 38 Abs. 4 Nr. 4 WHG).
2. Die bestehende Spül- bzw. Entwässerungsleitung inkl. Schächte sollte im Rahmen einer Ertüchtigung dem Stand der Technik angepasst werden. Hierzu wäre eine Abstimmung mit der Unteren Wasserbehörde im Landratsamt Hohenlohekreis zwingend erforderlich.

Bodenschutz und Altlasten

zur Ersatzbaustoffverordnung:

3. Die Bestimmung der Bodenart sowie die Bestimmung des höchsten zu erwartenden Grundwasserstandes (vgl. § 19 ErsatzbaustoffV i.V.m. § 2 Nr. 34 ErsatzbaustoffV) muss in der Regel durch ein Baugrundgutachten erfolgen.

4. Erfolgt vor Einbau anzeigepflichtiger Ersatzbaustoffe die Anzeige nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig, so stellt dies eine Ordnungswidrigkeit im Sinne des § 26 Abs. 1 und 2 ErsatzbaustoffV i.V.m. § 69 Abs. 1 Nr. 8 und Abs. 2 Nr. 15 KrWG dar.

Allgemein

5. Die Erlaubnis ist stets widerruflich (§ 18 WHG).
6. Inhalts- und Nebenbestimmungen sind auch nachträglich sowie auch zu dem Zweck zulässig, nachteilige Wirkungen für andere zu vermeiden oder auszugleichen (§ 13 Abs. 1 WHG i.V.m. § 36 Abs. 2 Nr. 5 LVwVfG).
7. Jede Änderung von Art oder Zweck bedarf einer neuen Erlaubnis.
8. Betrieb und Unterhaltung haben so zu erfolgen, dass Dritte weder beeinträchtigt noch geschädigt werden.
9. Für den Fall, dass die Abwasseranlage oder deren Betrieb zu Beeinträchtigungen führen sollten, bleibt vorbehalten, die erforderlichen Maßnahmen, insbesondere Änderungen, Ergänzungen oder Erweiterungen der Anlagen anzuordnen.
10. Diese Entscheidung ersetzt weder behördliche Verfügungen, die nach anderen Rechtsvorschriften erforderlich sind, noch gewährt sie das Recht, Gegenstände, die einem anderen gehören oder Grundstücke und Anlagen, die im Besitz eines anderen stehen, in Gebrauch zu nehmen.
11. Der Antragsteller haftet unbeschränkt im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden und Nachteile am Eigentum und dem Recht Dritter, die in Folge Errichtung, Betrieb, Bestand, Veränderung oder Beseitigung der Anlagen entstehen (§ 89 WHG, §§ 823 ff BGB).
12. Entsprechend § 93 Abs. 1 WG i.V.m. § 75 Abs. 4 LVwVfG tritt die Erlaubnis automatisch außer Kraft, wenn diese nicht innerhalb von fünf Jahren antragsgemäß ausgeführt wird.
13. Diese Entscheidung ergeht unbeschadet privater Rechte Dritter.

V. Begründung

Veranlassung

Als Ausgleichsmaßnahme für den Ausbau der Autobahn A6 ist die Renaturierung des Epbachs geplant. In diesem Zuge muss die bestehende Entwässerungsleitung der NOW-Fernwasserleitung L 40 verlegt werden.

Die bestehende Einleitstelle in den Hirschbach soll nicht verändert werden. Laut Erläuterungsbericht wird in der Regel kein Wasser in den Hirschbach eingeleitet. Dies ist nur zur Behebung von Rohrschäden oder bei Baumaßnahmen auf der Rohrleitungsstrecke notwendig.

Das Entleerungs-, Spül- und Reinigungswasser, welches in den Hirschbach eingeleitet wird, hat Trinkwasserqualität und erfolgt entsprechend den Vorgaben des DVGW-Arbeitsblatts W 291. Bei einer Desinfektion der Leitung wird das Desinfektionsmittel „Natriumhypochlorid“ verwendet, vor der Einleitung wird dieses mit „Natriumthiosulfat“ neutralisiert.

Die Häufigkeit der Einleitung erfolgt lt. Antragsteller i.d.R. einmal im Jahr, mit einer maximalen Einleitmenge von 20 l/s und max. 100 m³. Vor der Einleitung in das Gewässer wird der pH-Wert kontrolliert.

Im Bereich der geplanten Einleitung befindet sich das Röhricht Biotop „Röhrichte am oberen Hirschbach westl. Hohebuch“ (Nr. 1260003000552). Außerdem befindet sich im Bereich der Übergangsstelle auf die bestehende Entwässerungsleitung das Biotop „Feldgehölz am oberen Hirschbach südl. Hohebuch“ (Nr. 1260018000008).

Lt. Antragsteller werden die beiden Biotope von den Arbeiten nicht tangiert. Die geplante Entwässerungsleitung soll an den Bestand angeschlossen werden. Es sollen keine Gehölze entfernt bzw. sonst wie tangiert werden.

Antrag

Der Antrag vom 12.06.2024 für die notwendige wasserrechtliche Erlaubnis sowie die Antragsunterlagen sind per E-Mail am 12.06.2024 beim Landratsamt Hohenlohekreis eingegangen.

Im Zuge des Verfahrens wurden die Antragsunterlagen mehrfach aktualisiert/ergänzt, zuletzt mit E-Mail vom 27.06.2024.

Zulassungen

Die Einleitung des Entleerungs-, Spül- und Reinigungswassers aus der Entwässerungsleitung in den Hirschbach stellt eine Benutzung eines öffentlichen Gewässers nach § 9 Abs. 1 Ziff. 4 WHG dar. Diese Benutzung bedarf einer wasserrechtlichen Erlaubnis nach §§ 8, 9 Abs. 1 Ziff. 4, 10 WHG.

Sachliche und örtliche Zuständigkeit

Gemäß § 82 Abs. 1 WG i.V.m. § 15 Landesverwaltungsgesetz (LVG) und § 3 Abs. 1 Landesverwaltungsverfahrensgesetz (LVwVfG) ist das Landratsamt Hohenlohekreis als Untere Wasserbehörde für die Durchführung des wasserrechtlichen Verfahrens und für die Entscheidung sachlich und örtlich zuständig.

Verfahren

Das Verfahren für die Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis wurde nach § 93 Abs. 1 WG i. V. m. § 73 LVwVfG durchgeführt.

Auf eine Bekanntmachung des Antrages konnte gemäß § 93 Abs. 3 Nr. 1 und 2 WG verzichtet werden, da es sich um eine Benutzung von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung handelt und erhebliche Nachteile für andere nicht zu erwarten sind.

Die vorliegenden Antragsunterlagen sind für das wasserrechtliche Verfahren ausreichend.

Die zu beteiligenden Träger öffentlicher Belange wurden zu dem geplanten Vorhaben gehört. Diese haben unter Angaben von Nebenbestimmungen zugestimmt.

Materielle Voraussetzungen

Nach § 12 Abs. 1 WHG ist die Erlaubnis zu versagen, wenn von der beabsichtigten Benutzung schädliche, auch durch Nebenbestimmungen nicht vermeidbare oder nicht ausgleichbare Gewässerveränderungen zu erwarten sind oder andere Anforderungen nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften nicht erfüllt werden. Im Übrigen steht die Erteilung der Erlaubnis und der Bewilligung im pflichtgemäßen Ermessen der zuständigen Behörde (§ 12 Abs. 2 WHG).

Eine Erlaubnis für das Einleiten von Abwasser in Gewässer darf nach § 57 Abs. 1 WHG nur erteilt werden, wenn die Menge und Schädlichkeit des Abwassers so gering gehalten wird, wie dies bei Einhaltung der jeweils in Betracht kommenden Verfahren nach dem Stand der Technik möglich ist und die Einleitung mit den Anforderungen an die Gewässereigenschaften und sonstigen rechtlichen Anforderungen vereinbar ist sowie die Abwasseranlagen oder sonstigen Einrichtungen errichtet und betrieben werden, die erforderlich sind, um die vorbezeichneten Anforderungen sicherzustellen.

Die Inhalts- und Nebenbestimmungen beruhen auf § 13 WHG. Sie sind im öffentlichen Interesse zum Wohl der Allgemeinheit, insbesondere zum Schutz der wasserwirtschaftlichen Ordnung angemessen und erforderlich. Sie stellen das geeignetste Mittel dar, die Belange des Gewässerschutzes und die Einhaltung öffentlich-rechtlicher Vorschriften sicherzustellen und sind erforderlich, weil kein milderes, weniger belastendes Mittel ersichtlich ist, die verfolgten Schutzzwecke zu erreichen. Sie sind zumutbar, weil sie dazu dienen, die gesetzlichen Bestimmungen zur Vermeidung von nachteiligen Auswirkungen durchzusetzen.

Bei Durchführung des Vorhabens entsprechend den dieser Entscheidung zugrundeliegenden Antragsunterlagen sowie bei Einhaltung der Nebenbestimmungen in Abschnitt III dieser Entscheidung wird das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt.

Zwingende Versagensgründe im Sinne der §§ 12, 57 WHG liegen nicht vor.

Ermessen der Behörde

Auf die Erteilung der unter Abschnitt I aufgeführten wasserrechtlichen Erlaubnis besteht kein Rechtsanspruch. Die Entscheidung liegt im Ermessen der Behörde. Bei der Ausübung des Ermessens waren die Stellungnahmen der beteiligten Stellen und Behörden zu berücksichtigen.

Nachdem die beteiligten Stellen und Behörden dem Vorhaben zugestimmt haben, keine zu prüfenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften dem Vorhaben entgegenstehen und keine Versagungsgründe im Sinne von § 12 Abs. 1 WHG vorliegen, kann dem Antrag des Zweckverbands Wasserversorgung Nordostwürttemberg (NOW) – unter Ausübung des Bewirtschaftungsermessens nach § 12 Abs. 2 WHG – entsprochen und die wasserrechtliche Erlaubnis unter Aufnahme von Nebenbestimmungen erteilt werden. Diese können gem. § 13 Abs. 1 WHG i.V.m. § 36 Abs. 2 Nr. 5 LVwVfG auch nachträglich festgesetzt werden.

VI. Gebührenentscheidung

Die Gebührenentscheidung beruht auf den Vorschriften des Landesgebührengesetzes für Baden-Württemberg (LGebG) in Verbindung mit der Verordnung des Landratsamts Hohenlohekreis über die Erhebung von Gebühren für die Wahrnehmung von Aufgaben als Untere Verwaltungsbehörde (Gebührenverordnung) in der Fassung vom 01.01.2024 und dem dazugehörigen Gebührenverzeichnis (Geb.Verz.).

Die Höhe der Gebühr ist nach den entstandenen Verwaltungskosten sowie der wirtschaftlichen und sonstigen Bedeutung der öffentlichen Leistungen für den Gebührenschuldner angemessen.

Nach Nr. 55.20.02 Ziff. 1 Geb.Verz. beläuft sich die Gebühr für die wasserrechtliche Erlaubnis auf insgesamt

1.240,70 €.

Wir bitten, die Gebühr innerhalb eines Monats unter Angabe des Buchungszeichens 5.3110.002302.0 an die Kreiskasse des Hohenlohekreises zu überweisen.

VII. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Landratsamt Hohenlohekreis mit Sitz in Künzelsau erhoben werden. Die Frist wird auch durch Einlegen des Widerspruchs beim Regierungspräsidium Stuttgart mit Sitz in Stuttgart gewahrt.

Mit freundlichen Grüßen

S. Krüger
Kircher



Anlagen

1 Planmappe

1 Vordruck Baubeginnsmitteilung

1 Vordruck Fertigstellungsmitteilung

Nachrichtlich an:

Stadt Waldenburg

per E-Mail

Landratsamt Hohenlohekreis, Untere Wasserbehörde

per E-Mail

Landratsamt Hohenlohekreis, Untere Bodenschutzbehörde

per E-Mail

Landratsamt Hohenlohekreis, Untere Naturschutzbehörde

per E-Mail